

## **Aufgaben- und Personalentwicklung im Amt für Abfallwirtschaft**

**Anlagen: 1**

**Gäste: -**

---

### **Einleitung:**

Im Jahre 1998 beauftragte die Verwaltung eine Unternehmensberatung mit der Organisationsuntersuchung im Amt für Abfallwirtschaft. Die Ergebnisse wurden dem Umwelt- und Technischen Ausschuss in seiner Sitzung am 14.06.1999 (DS-Nr. 48/1999) vorgestellt. Die im Gutachten vorgeschlagenen organisatorischen Verbesserungsmöglichkeiten wurden schrittweise von der Verwaltung umgesetzt. Hierzu zählte u. a. die Eingliederung der Gebührenveranlagung (bislang: Kämmerei) im Jahr 1999 und der Unteren Abfallrechtsbehörde (bislang: Bau- und Umweltschutzamt) im Jahr 2002.

Vor dem Hintergrund, dass zum 31.05.2005 die letzte noch aktiv betriebene Hausmülldeponie in Hüfingen geschlossen wurde, forderte der Ausschuss die Verwaltung auf, die daraus resultierenden Auswirkungen auf den Personalstand des Amtes für Abfallwirtschaft darzulegen.

### **Sachverhalt:**

Mit dem Beschluss des Ausschusses, der Empfehlung des externen Gutachters zu folgen, wurden im Schwarzwald-Baar-Kreis als einer der wenigen Kreise in Baden-Württemberg alle mit der Abfallwirtschaft und des Abfallrechtes verbundenen Aufgaben zentral einem Amt zugeordnet. Nach der entsprechenden Umstrukturierung betrug zum Ende der 90ziger Jahre der Personalstand im Abfallwirtschaftsamt 56,0 Stellen (siehe Anlage).

Davon kamen 27,5 Stellen auf den Verwaltungsbereich, 4,5 Stellen auf das Anlagenpersonal und 24,0 Stellen auf den Müllabfuhrbetrieb in der Stadt Villingen-Schwenningen. Vor allem bei der Müllabfuhr konnten nach und nach die größten Stelleneinsparungen erzielt werden. Dies gelang vorrangig durch altersbedingtes Ausscheiden der Arbeiter bzw. internen Versetzungen auf die übrigen abfalltechnischen Anlagen (Kompostanlagen, Umschlagstation Tuningen). Mittlerweile sind bei der Müllabfuhr nur noch 5,0 Personen beschäftigt, die auf Grundlage eines Personalgestellungsvertrages an die Firma Remondis, VS-Schwenningen, abgeordnet wurden. Die Personalkosten werden von der Firma zurückerstattet.

Im Verwaltungsbereich wurde bei der Öffentlichkeitsarbeit eine Stelle durch interne Umsetzungen in ein anderes Amt reduziert. Im Sachgebiet Technik konnten ebenfalls eine Stelle im Bereich Planungen und Bau von abfalltechnischen Anlagen bzw. im Nachsorgebetrieb der Hausmüll- und Erddeponien eingespart werden. Aufgrund des Beschlusses, in Hüfingen eine zweite Kompostanlage einzurichten und diese mit zwei eigenen Mitarbeitern zu besetzen, wurde das Anlagenpersonal auf den Kompostanlagen insgesamt um 2,0 Stellen erhöht, die jedoch zeitgleich beim Betriebspersonal der Deponien wegfielen. Dazu wurde intern aus dem Bereich der Müllabfuhr VS Personal umgeschichtet. Ebenfalls ist seit dem 01.06.2005 ein ehemaliger Müllwerker auf der Umschlagstation beschäftigt.

Im Sachgebiet Kaufmännische Verwaltung, das neben dem Bürgertelefon auch den Müllabfuhrbetrieb und das Rechnungswesen umfasst, kam es zu einer geringfügigen Stellenmehrung (0,4 Stellen). Diese wurde durch zusätzliche Aufgaben im Bereich der Müllabfuhrabwicklung notwendig.

Im Sachgebiet Abfallrecht wurde im Bereich des Außendienstes „Wilder Müll“ eine halbe Planstelle eingespart.

In den nächsten Jahren besteht nach Ausscheiden der entsprechenden Mitarbeiter die Möglichkeit, im Sachgebiet Technik bei den Planungen (1,0 Stelle) und im Sachgebiet Abfallrecht beim Satzungsvollzug und dem Außendienst (2,0 Stellen) abzubauen. Diese Stellenreduzierungen könnten durch Wegfall von bislang wahrgenommenen Aufgaben bzw. wo dies nicht möglich ist, durch Umlagerung auf vorhandenes Personal umgeschichtet werden.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Durch das Ende des Deponiezeitalters konnten entgegen anfänglicher Erwartungen die Aufgaben beim Amt für Abfallwirtschaft vorerst nur zum Teil reduziert werden. Zurzeit ist es so, dass durch den Abschluss der Deponien verstärkt Bautätigkeiten notwendig werden. Die Oberflächenabdichtungen, Sickerwasserreinigung und die Anpassung der Entgasungssysteme in der Stilllegungsphase der Deponien führen zu erhöhten ingenieurtechnischen Aufwendungen, die vom Fachamt weiterhin mitbetreut werden müssen. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass sich die Situation im Laufe der nächsten 1 bis 2 Jahre dergestalt ändern wird, dass die ingenieurtechnische Betreuung der Deponien um die o. a. Stelle (von 2,0 auf 1,0 Stelle) weiter reduziert werden kann.

Parallel dazu kamen neue Aufgaben durch den Entsorgungsweg der Verbrennung hinzu. Die Entsorgungsabläufe zwischen Umschlagstation und Verbrennungsanlage nach Göppingen müssen weiter optimiert werden, da hierbei viele Akteure einzubinden sind. So kommt es beispielsweise auf Grund der seit dem 01.06.2005 wieder knappen Verbrennungskapazitäten in Baden-Württemberg regelmäßig zu kurzfristigen Annahmestopps in Göppingen. Die Abfälle aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis müssen in Zusammenarbeit mit der Entsorgungsfirma, dem Transporteur und den Anlagenbetreibern dann zwischengelagert oder auf andere Behandlungsanlagen umgeleitet werden.

Zum anderen bietet der Verbrennungsvertrag beim Mengenmanagement (Mitbehandlung Abfälle Dritter, Umleiten eigener Abfälle in günstigere Anlagen, Schlackeaufbereitung) aufgrund der hohen Entsorgungskosten bislang noch ungenutzte Einsparmöglichkeiten, die baldmöglichst genutzt werden sollten. Dieses setzt jedoch eine intensive personelle Begleitung voraus.

Ob im Bereich des Abfallrechtes in den nächsten zwei Jahren das Ziel erreicht wird, zwei freiwerdende Personalstellen nicht nach besetzen zu müssen, hängt von der künftigen Aufgabensituation ab. Da hierbei jedoch systembedingt nicht automatisch Aufgaben entfallen, bleibt abzuwarten, welche bislang wahrgenommenen Aufgaben künftig im "Aufgabenportfolio" des Abfallwirtschaftsamtes entfallen können. Hierbei steht vor allem die im Bereich Satzungsvollzug angesiedelte Abfallberatung des Gewerbes und die Ermittlungen bei Fällen illegaler Abfallablagerungen („Wilder Müll“) zur Disposition. Die Verwaltung geht jedoch derzeit von einer Reduzierungsmöglichkeit von 2,0 Stellen aus.

Mit der bisherigen Stellenreduzierung von 56,0 auf nunmehr aktuell 34,9 Planstellen (- 38%) wurde bereits in der Vergangenheit auf sich veränderte Arbeitsanfälle zeitnah reagiert. Im eigentlichen Verwaltungsbereich (ohne Müllabfuhr und Anlagenpersonal) erfolgte eine Personalreduzierung von 27,5 Stellen in 1999 auf nunmehr 24,9 Stellen (- 9%). Werden in den nächsten 2 Jahren wie vorgesehen die o. a. 3 Stellen weiter eingespart, beläuft sich die Reduzierung im Verwaltungsbereich auf gut 20%.

Der Ausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.